

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2010)
Heft: 1: Atommüll : Vergraben und vergessen?

Artikel: Per "Decoupling" den Stromabsatz und Gewinn entkoppeln
Autor: Stockar, Sabine von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586154>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

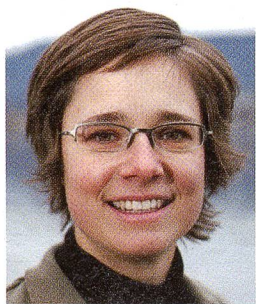
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Per «Decoupling» den Stromabsatz und Gewinn der Stromunternehmen entkoppeln

Das Ziel der Schweizer Stromunternehmen ist es, möglichst viel Umsatz zu generieren, sprich möglichst viele Kilowattstunden absetzen. Das steht in direktem Widerspruch zur Bundesverfassung, die den sparsamen Umgang mit Energie vorschreibt. Kalifornien hat die Spielregeln geändert: Stromverkäufer verdienen pro eingesparter Kilowattstunde. Das sogenannte «Decoupling» könnte für die Schweiz ein Wunderrezept sein.



Von **SABINE VON STOCKAR**,
Projektleiterin Atom&Strom,
sabine.vonstockar@energiestiftung.ch

«In seinem Versorgungsgebiet steigerte der Axpo-Konzern den Energieabsatz im Vergleich zum Vorjahr um 0,8% auf 20'000 Mio. Kilowattstunden (kWh)», verkündete die Axpo stolz anlässlich ihrer Bilanzkonferenz am 27. Januar 2010. Auch die BKW warf bei ihrer letzten Generalversammlung mit Schlagwör-

tern wie «Ausbau der Produktion» um sich. Und dies, obwohl die Bundesverfassung einen sparsamen Energieverbrauch vorschreibt und Energieeffizienz eine der 4 Säulen der bundesrätlichen Energie-Strategie ist. Heute wird jede dritte Kilowattstunde verschwendet. Ein enormes Effizienzpotenzial liegt brach, wäre günstig und sofort umsetzbar. Was läuft falsch?

Mehr Stromabsatz = mehr Umsatz

Zur Frage, wie der Verfassungsauftrag zum sparsamen Umgang mit Energie bei der BKW wahrgenommen wird, betont Mediensprecher Antonio Somavilla, dass sich die BKW vor allem für mehr Effizienz bei der Bereitstellung und Verteilung von Strom ein-

setzt. Das erstaunt weiter nicht, denn dort haben Stromunternehmer ein betriebswirtschaftliches Interesse: Je weniger Strom sie selber verschwenden, desto mehr können sie an die Kunden verkaufen. Anders sieht es aus, wenn es um die Stromnachfrage geht: «Unser Credo ist die Eigenverantwortung der Kunden», präzisiert Somavilla. Die BKW bietet zwar eine Reihe von Kundenberatungen an. Doch ist es der Kundschaft letztlich selbst überlassen, ob sie sich damit befassen will: die Verantwortung für die steigende Stromnachfrage wird abgeschoben.

Die Axpo wendet folgenden Trick an: An Tagungen und in Werbespots macht sich der Konzern mit dem Argument der Energieeffizienz zum Beispiel für den Einsatz von Elektroautos stark. Die Absicht ist klar: Die Stromnachfrage steigern, mehr Strom verkaufen und dadurch noch mehr Gewinn erzielen.

Kein Grund zum Sparen

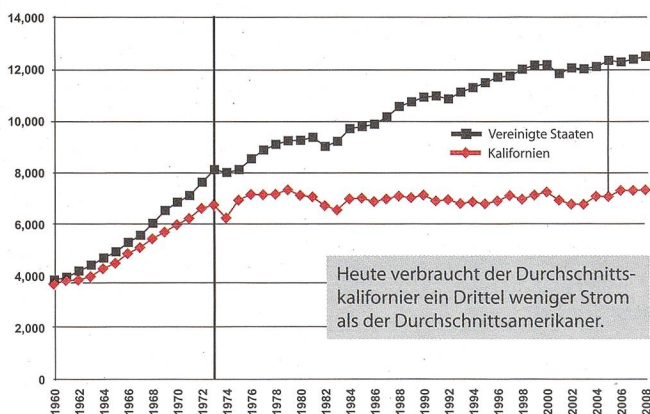
Anreize, ernsthaft Strom zu sparen, hat mit der heutigen Schweizer Energiepolitik niemand. Die Elektrizitätswerke verdienen am Stromverkauf. Sich gegen eine höhere Nachfrage zu wehren, käme einer Selbstbeschneidung gleich. Allerdings gelten für die über 900 Schweizer Elektrizitätswerke sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen. Der Fachjournalist Hanspeter Guggenbühl betont, dass «sich Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz für Elektrizitätswerke wirtschaftlich auszahlen würden», weil sie damit teure Investitionen in neue Kraftwerke vermeiden könnten. Doch «die betriebswirtschaftliche Wachstumslogik» hemmt solche innovativen Denkweisen.

Auch für die Strombezügler gibt es keinen Anreiz zu sparen: der Kilowattstundenpreis ist zu tief. Wer soll sich dann dem Stromsparpotenzial annehmen?

Kalifornien hat die Spielregeln geändert

Ausgerechnet Kalifornien hat schon Mitte der 70er-Jahren das Potenzial erkannt und die Spielregeln geändert. Das Zauberwort heisst «Decoupling». Dabei geht es um die Entkopplung von abgesetzten Kilowattstunden und Gewinn. Seither hat Kalifornien die Stromnachfrage pro Kopf im Vergleich zu den restlichen US-Staaten halbiert. Wäre in der Schweiz vor 40 Jahren ein «Decoupling» eingeführt worden, hätte sie die

Pro Kopf Stromabsatz in Kalifornien (kWh/Person)



Kalifornien hat in den 70er-Jahren das «Decoupling» eingeführt, um einen Anreiz für Effizienzmassnahmen zu schaffen. Mit Erfolg: Heute ist die Stromnachfrage in Kalifornien um 50% tiefer als in den anderen US-Staaten.

Spritfressende Autoflotte Schweiz

Die parlamentarische Gruppe Peak Oil und die SES veranstalten am 10. März 2010 in Bern eine Info-Veranstaltung und Debatte zum Thema «Die spritfressende Autoflotte der Schweiz». Die Schweiz hat die klimaschädlichste Neuwagenflotte Europas. Das muss sich aus zwei Gründen ändern. Peak Oil ist erreicht und ein wirksamer Klimaschutz ist notwendiger denn je. Die Zeit der Freiwilligkeit ist definitiv vorbei. Ausserdem bieten strenge Verbrauchsvorschriften eine gewisse Gewähr, dass sich der Mobilitätssektor möglichst bald von der fatalen Erdölabhängigkeit lösen kann. In den vergangenen Jahren verlief demgegenüber die Entwicklung in die falsche Richtung. Zwischen 1995 und 2006 wurde eine Zunahme der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor von 12% verzeichnet.

Einigkeit besteht in der Notwendigkeit, die CO₂-Emissionen der Personenwagen zu senken. Uneinigkeit besteht hingegen beim Tempo der Absenkung und vor allem, welches die geeigneten Massnahmen sind. Grundsätzlich stehen sich zwei Modelle gegenüber, ein zielgenaues Zertifikatmodell, welches mit einem Bonus-Malus-System arbeitet und ein Sanktionsmodell, welches aber keine Zielerreichung garantiert.

Die parlamentarische Gruppe Peak Oil und die SES greifen dieses heisse Thema auf und laden hierzu Peter Marti von Metron und Thomas Volken vom BFE ein. Aufgrund der laufenden Teilrevision des CO₂-Gesetzes weist die Debatte bezüglich Verbrauchsvorschriften und Energieeffizienz von neu immatrikulierten Personenwagen eine hohe Aktualität auf.



Wann: Mittwoch, 10. März, 13.00 Uhr
Wo: Restaurant Schmiedstube, Bern

Die Referate:

- Peter Marti, Metron Verkehrsplanung AG, Brugg: Handelbare Verbrauchsgutschriften für PW – ein effizientes Instrument der CO₂-Politik im Verkehrssektor.
- Thomas Volken, Stv. Leiter Energiepolitik, Bundesamt für Energie (BFE): Die Politik des Bundes für mehr Energieeffizienz für Neuwagen.

Immer mehr Gewinn – immer mehr Strom verkaufen: Das widerspricht klar der Bundesverfassung.

fünf AKW gar nicht erst bauen müssen, noch müsste sie sich heute über neue AKW Gedanken machen.

Wie funktioniert das Decoupling?

Eine Regelbehörde handelt jedes Jahr einen Stromabsatz mit dem jeweiligen Stromversorger aus. Setzt dieser im kommenden Jahr mehr als den vereinbarten Strom ab, so wird er bestraft und muss den Zusatzgewinn zurückbezahlen. Setzt er weniger Strom ab, so darf er den kWh-Preis erhöhen. Der tiefere Absatz schmälert dadurch den Gewinn nicht. Mittels einem Umlagerungsfond kann an den Rahmenbedingungen geschraubt werden. Diese müssen so gesetzt sein, dass Effizienzmassnahmen für Elektrizitätsunternehmen lukrativer sind, als der Bau neuer Kraftwerkskapazitäten. Die Folge ist, dass die Elektrizitätsunternehmen Effizienzprogramme durchführen – aus rein wirtschaftlichem Interesse.

Gleichzeitig bekommt die Kundschaft eine tiefere Stromrechnung, weil sie dank dem Energieeffizienz-Engagement der Elektrizitätsunternehmer weniger Strom verbraucht.

Die Stromversorger am Effizienzhebel

Eine Effizienzpolitik ohne Einbezug der Stromversorger ist sinnlos: solange sie über höheren Stromabsatz Geld verdienen, werden sie auch Marketing für mehr Stromverbrauch machen. Ein Beispiel dafür ist die aktuelle Grosskampagne «Stromzukunft» des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)¹. Deren Webseite ist mit Aussagen wie «Strom ist die Schlüsselenergie der modernen Gesellschaft» und «wir benötigen mehr Strom» bestückt. Und es geht

noch einen Schritt weiter: Solange die Stromlobby kein Interesse an Effizienz hat, wird sie in Bundesbern jeden Versuch für eine sinnvolle Effizienzpolitik verhindern. So ist eine Stromlenkungsabgabe zur Zeit ein Tabu, obwohl jede Studie belegt, dass dies die kostenwirksamste Massnahme wäre.

Heute die Chance packen

«Diese Preisgestaltungsregeln wären für die Schweiz vorbildlich», sagt der frühere Preisüberwacher Rudolf Strahm dem «Bund» gegenüber. «Da die meisten Schweizer Elektrizitätsversorgungsunternehmen in staatlicher Hand sind, hätten Bund oder Kantone diese Spielregeln erst noch leichter einführen können als Kalifornien», meint Strahm.² Von solchen Ideen ist die Schweizer Strompolitik heute jedoch weit entfernt. Und das, obwohl gerade jetzt der ideale Zeitpunkt wäre, um richtige Rahmenbedingungen zu setzen: Die Schweizer Stromwirtschaft steht vor grossen Investitionsentscheiden, der Markt ist durch die Liberalisierung im Umbruch und die Revision des Stromversorgungsgesetzes steht an. Dazu wäre allerdings ein Umdenken gefordert, im Sinne von «weniger ist mehr». Mit den richtigen Rahmenbedingungen würden die Stromunternehmen davor bewahrt, ihre Geschäftsstrategie auf knapper werdende und umweltschädliche Energieressourcen wie Gas oder Uran zu setzen. Vor allem würden sie bezüglich Bundesverfassung den Tatbeweis erbringen. <

¹ www.stromzukunft.ch

² Zitate aus Artikel «Kaliforniens Stromsparrezept» von Urs P. Gasche, erschienen im «Der Bund» vom Montag, 19. Oktober 2009.